

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

38. Sitzung
16. Mai 2024

Beginn: 14.10 Uhr
Schluss: 17.07 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF), Herrn Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei. Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) und Herr Staatssekretär Kühne (SenBJF) beantworten diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten des Senats und den Nachfragen der Ausschussmitglieder vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Warum werden Informationen, die im Zusammenhang mit der Gründung des Berliner Landesinstitut für die Lehrerbildung („Berli“) stehen und unter anderem die zu-

künftige Struktur des Instituts betreffen, geheim gehalten und der interessierten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht?“

(AfD)

- „Das Berliner Familienportal wurde diese Woche vorgestellt. Welche Informationen können Eltern künftig gebündelt finden?“
(CDU)
- „Nachdem Senatorin Günther-Wünsch die Einführung eines Wahlpflichtfachs Religion noch in dieser Wahlperiode vor wenigen Wochen für zeitlich nicht realisierbar erklärt hatte, kündigte der Regierende Bürgermeister vergangene Woche die Einführung bis 2026 an. Welchen konkreten Zeitplan verfolgt der Senat für die Vorbereitung und flächendeckende Umsetzung des Wahlpflichtfachs Religion?“
(Die Linke)
- „Was unternimmt der Senat, um die verschwundenen unbegleiteten geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu finden und ihren Schutz zu garantieren?“
(Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Abg. Meyer (SPD) stellt eine spontane, mündliche Frage und eine Nachfrage zum Betrieb der Volkshochschulen, die Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) beantwortet (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) und Herr Staatssekretär Kühne (SenBJF) berichten über folgende aktuelle Themen:

- Eröffnung einer neuen Einrichtung im Bereich des Berliner Notdienstes Kinderschutz,
- Kooperation des Senats mit der ADAC-Stiftung im Bereich Mobilitätsbildung für die Schülerinnen und Schüler
- und Beschluss des Senats über den Bericht über die Maßnahmen- und Finanzcontrollings zur Schulbauoffensive.

Sie beantworten diesbezügliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Berichten und den Nachfragen im Einzelnen siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Thorsten Weiß (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiß (AfD) mit der Kandidatur fest.

Die AfD-Fraktion beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Frau Abg. Dr. Wein (CDU) werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der anwesenden, wahlberechtigten Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal

aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und Frau Abg. Dr. Wein (CDU) nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 22 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es liegen 20 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiß (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1619
Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen und kommunalpolitischer Bildungswerke aus dem Berliner Landeshaushalt (Berliner Stiftungsfinanzierungsgesetz – BlnStiftFinG)

[0240](#)
BildJugFam
Haupt

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Zu diesem Punkt werde eine Anhörung durchgeführt.
- Der Ausschuss habe die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz nach § 25 Abs. 6, S. 2 GO Abghs zu diesem Punkt hinzugeladen.
- Aufgrund einer Entsendungsbitte des Ausschusses sei Herr Michael Fischer, der Leiter der Abteilung II (Verfassungsschutz) der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, anwesend.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Herr Abg. Schatz (Die Linke) beantragt als Nichtmitglied des Ausschusses das Rederecht nach § 25 Abs. 6, S. 1 GO Abghs (beratende Teilnahme) zu diesem Punkt. Der Ausschuss nimmt diesen Antrag einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis

90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion an und erteilt ihm das Rede-recht zu Punkt 3.

Herr Abg. Bocian (CDU) und Frau Abg. Dr. Lasic (SPD) begründen den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmit-glieder:

- Herr Rolf Halfmann, Justitiar der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (seit 01.05.2024 a.D.),
- Herr Dr. Manfred Öhm, Leiter der Abteilung Finanzen und Organisation der Fried- rich-Ebert-Stiftung
- und Herr David Werdermann, Rechtsanwalt und Verfahrenskoordinator bei der Ge- sellschaft für Freiheitsrechte e.V.

Herr Dr. Öhm und Herr Werdermann nehmen digital an der Sitzung teil.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF), Herr Staatssek- retär Dr. Kühne (SenBJF) und Herr Dr. Ulrich Raiser (Leiter des Referats II G zuständig für Erwachsenen- und Grundbildung, Lebenslanges Lernen, außerschulische Bildung / SenBJF) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Abg. Vallendar (AfD) beantragt schriftlich, dass der Ausschuss die Präsidentin des Abgeordnetenhauses bittet, den Wissenschaftlichen Parlamentsdienst des Hauses ein Rechtsgutachten zu der Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Antrags auf der Drucksache 19/1619 anfertigen zu lassen. Der Ausschuss lehnt diesen Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, Punkt 3 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1009

**Eine Perspektive für die Beschäftigten an Berliner
Schulen**

[0181](#)
BildJugFam
Haupt

Frau Abg. Brychcy (Die Linke) begründet den Antrag.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) nimmt Stellung.

Im Anschluss an eine Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag – Drucksache 19/1009 – auch mit geändertem Berichtsdatum des „31. Oktober 2024“ abzulehnen.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Verausgabung der Mittel für Schulbibliotheken
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0238](#)
BildJugFam

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, Punkt 5 aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende kündigt an, dass sie im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 39. Sitzung finde am Donnerstag, den 30.05.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der stellvertretende Vorsitzende

Sandra Khalatbari

Marcel Hopp